

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rüdlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jakob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 6

Veranschlagt: Nr. 7.

Sonntag, den 8. Januar

Telegramm-Adresse: 1905.
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwilckauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aannahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Schuhmachers **Karl August Weigelt** in Lichtenstein wird heute am **5. Januar 1905**, nachmittags $\frac{1}{4}$ Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Stirol** in Lichtenstein wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum **20. Februar 1905** bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf den

30. Januar 1905, vormittags 10 Uhr

— und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den

6. März 1905, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Amerikanische Korruption.

Aus Washington wird geschrieben: Die widerrechtlichen Verkäufe von Regierungsländern in Oregon, Kalifornien und Washington, an denen das Kongressmitglied **Hermann** und Senator **Mitchell** in erster Linie beteiligt sind, gestalten sich, je mehr Einzelheiten darüber bekannt werden, umso mehr zu einem unerhörten nationalen Skandal. Weitere hervorragende Politiker und höhere Beamte in den westlichen Staaten dürften in die Sache hineingezogen werden. Der Bundesanwalt **Hall** in Portland (Oregon) ist bereits seines Amtes enthoben worden, weil er **Mitchell** zu decken suchte. Die Betrügereien wurden über zwei Jahre betrieben, bevor sie entdeckt wurden. Vor einem Jahr bereits wurde die Aufmerksamkeit der Behörden in Washington auf Transaktionen mit Regierungsland im Staate Oregon gelenkt, wobei anscheinend Betrügereien gegen den Staat versucht wurden. Das Kongressmitglied **Hermann**, damals Kommissar für Staatsländereien in Washington, wurde beauftragt, die Sache zu untersuchen. Seine Untersuchungen ergaben jedoch kein befriedigendes Resultat, und er wurde deshalb er sucht, sein Amt niederzulegen. Nach seinem Rücktritt leitete die Verwaltung der Staatsländereien umfassende Erhebungen ein. Die geheime politische Polizei wurde um ihre Mitwirkung ersucht, und ihre Tätigkeit förderte, nachdem jetzt der Hauptschuldige, Kommissar **Hermann**, von seinem Posten entfernt war, überraschende Ergebnisse zu Tage. Es wurde entdeckt, daß reiche Holzgroßhändler in Oregon und den angrenzenden Staaten zu Rennpreisen, und in einigen Fällen völlig umsonst hunderttausende Acres unberührte Forsten auszuliefern erhalten hatten, die dem Staate gehörten und zur Erhaltung der Wasserleitung in trockenen Gebieten, sowie zur Verwendung als öffentliche bestimmt waren. Die Holzhändler ließen die Bäume fällen und zu Nutzholz bearbeiten, das auf dem Markte dem Verkäufer in vielen Fällen 500 Prozent Nutzen brachte. Ferner wurde ein anderer Schwindel betrieben. Sobald die Regierung die Eingehung von Forstland aus öffentlichem Besitz plante, sandten bezahlte Agenten in der Verwaltung der Staatsländereien in Washington geheime Nachrichten darüber an die Holzhändler im Westen, die darauf das Land unmittelbar vor der Ankündigung der Regierung befehlen, wodurch sie dann die Regierung zwingen konnten, sie auszulassen. Eine Anzahl Senatoren aus dem Westen wird beschuldigt, an der Sache dadurch beteiligt zu sein, daß sie an dem Landeschwindel beteiligte Personen vor gerichtlicher Verfolgung schützten. Die Regierung dürfte übrigens außer Stande sein, gegen die Hauptschuldigen, die den größten Nutzen aus den Betrügereien gezogen haben, etwas auszu-

richten, da diese es unter Mitwirkung gewiegter Juristen verstanden haben, sich in den Grenzen der buchstäblichen Auslegung des Gesetzes zu halten.

Politische Rundschau.

Deutsch des Reich

* Kaiser **Wilhelm** sandte als Antwort auf die Glückwunschsadresse der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Jahreswechsel nachstehendes Schreiben an die Stadtverordneten: „Ich habe die Glückwünsche der Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt beim Eintritt in ein neues Jahr gern entgegengenommen und bin durch die in der Adresse erneut zum Ausdruck gelangte freudige Teilnahme der Berliner Bürgerschaft an der glückverheißenden Verlobung meines ältesten Sohnes, des Kronprinzen kaiserliche und königliche Hoheit angenehm berührt worden. Indem ich den Stadtverordneten bestens danke, wünsche ich der gesamten Berliner Einwohnerschaft zum neuen Jahre Gottes Schutz und seinen reichen Segen.“

* **Prinz Ludwig**, der Erbe der bayrischen Krone, vollendet am 7. Januar sein 60. Lebensjahr.

* Der Reichskanzler hat in einer Verfügung an die unterstellten Behörden angeregt, bei Beantwortung von Anfragen, welche von legitimierten Zeitungsvertretern an Beamte gerichtet werden, die zur Erteilung von Auskünften befugt sind, nicht unnötige Zeit verstreichen zu lassen, sofern nicht der Erteilung der Auskunft Bedenken entgegenstehen. — Bravo!

* Der langjährige Präsident des oldenburgischen Landtages, Konsul **Karl Groß** ist gestorben.

* Das Befinden des Unterstaatssekretärs im Reichsfinanzamt v. **Fischer**, der sich eine Blutvergiftung durch ausströmendes Gas zugezogen hatte, ist andauernd wenig günstig.

* Der Bundesrat überwies in seiner letzten Sitzung die Vorlage wegen Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1905 den zuständigen Ausschüssen.

* Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei wird voraussichtlich am Sonntag, den 29. Januar, zu einer Sitzung zusammentreten.

* Der Wert der Torpedowaffe im russisch-japanischen Kriege hat das Reichsmarineamt veranlaßt, die Kurse zur Ausbildung der Torpedomannschaften zu vermehren. In diesem Winter werden ein Divisionsboot und fünf S-Boote als Hilfschulboote in Dienst gestellt. Im ganzen finden bei jeder Torpedoabteilung vier Winterkurse statt, die in der deutschen Nordsee und in der Ostsee abgehalten werden.

* Zur Lage im Ruhrkohlengebiet wird gemeldet, daß die Zechenverwaltung Bruchstraße an die Belegschaftskommission

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an dem Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **30. Januar 1905** Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Lichtenstein.

Bekanntmachung.

Seine Durchlaucht der Fürst **Otto Victor von Schönburg-Waldenburg** hat den unterzeichneten Bürgermeister beauftragt, der Bewohnerschaft unserer Stadt zu sagen, daß Er sich über den Ihm am 4. d. Mts. gewordenen festlichen Empfang sehr gefreut habe und daß Er auch fernerhin an dem Wohlergehen unserer Stadt größten Anteil nehmen und Freud und Leid mit ihr teilen werde.

Lichtenstein, am 7. Januar 1905.

Der Stadtrat.

Stedner,

Bürgermeister.

einen ablehnenden Bescheid erteilt hat. In der Antwort heißt es, daß die getroffenen Maßregeln betreffend die Aenderung der Dauer der Seilfahrt im Interesse des Betriebes nicht zurückgenommen werden können, da es sich um eine Gleichstellung der Seilfahrt handelt. Es wird in der Antwort vor einem ungerechtfertigten Streik gewarnt, und darauf hingewiesen, daß es den Arbeitern, die mit der neuen Einrichtung nicht zufrieden seien, freistehe, zu kündigen, eventuell werde von den einschlägigen Bestimmungen der Arbeitsordnung Gebrauch gemacht, wenn die Belegschaft drei Tage oder länger von der Arbeit fern bleiben sollte. Durch diese ablehnende Antwort der Zeche Bruchstraße hat sich die Lage im Ruhrkohlengebiet wesentlich verschärft.

Ungarn.

* **Budapest**, 7. Jan. Die Neuwahlen für den ungarischen Reichstag finden vom 26. Januar bis 4. Februar statt. Der neue Reichstag wird zum 15. Februar einberufen. Man darf gespannt sein, ob es angesichts der durch das Vorgehen der Regierung hervorgerufenen leidenschaftlichen Erregung im Lande der Regierung gelingen wird, bei den Neuwahlen eine kompakte Mehrheit für sich zu erringen.

Der Fall von Port Arthur.

Aus Tokio wird gemeldet, General **Stössel** habe sein Ehrenwort gegeben, an dem Kriege nicht mehr teilzunehmen, und kehre über Nagasaki in die Heimat zurück.

Am Donnerstag vormittag trafen General **Stössel** und General **Nogi** in einer Hütte des Dorfes **Schuwski** zusammen und hatten, nachdem sie sich begrüßt hatten, eine lange Unterredung. Sie schüttelten sich dann die Hände, worauf General **Stössel** zu Pferde stieg und nach Port Arthur zurückkehrte.

Die Uebergabe von Port Arthur ist beendet. Die genaueren Feststellungen über die Befangenen sind noch nicht gemacht. Nach summarischen Angaben sind gefangen: 8 Generale, 4 Admirale, 57 Obersten und Majore, 100 Schiffskapitäne, 531 Hauptleute und Leutnants des Landheeres, 200 Schiffleutnants, 99 Heeresbeamte, 109 Stabsärzte, 20 Kapläne, 22 434 Mannschaften des Landheeres, 4500 Marinemannschaften und 4145 Nichtkombattanten; außerdem 15 000 Kranke und Verwundete in Hospitälern.

General **Stössel** wird sich, wie schon gemeldet, nachträglich noch vor einem Kriegsgerecht zu verantworten haben. Dazu schreibt das angeführte Petersburger Blatt „Nowoje Wremja“: „Ganz Rußland wünschete brennend dieses Gericht, aber nicht für **Stössel**, sondern für diejenigen, die Festungen bauen, sie nicht fertig bauen, Geschütze hinbringen, aber keine genügende Garnison hineinsetzen, und diese nicht versorgen. Ueber diese gewissenlosen diebischen Beamten müsse ein strenges Gericht abgehalten werden.“